
MEMORANDUM '88

Rezension von: Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.),
Memorandum '88 – Im Abschwung:
Gegensteuern statt Steuerreform –
Alternativen der Wirtschaftspolitik,
Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988,
331 Seiten, DM 14,80

Wie die bisherigen Alternativgutachten zum Sachverständigenrat, so beginnt auch das „Memo '88“ mit einer Analyse der gesamtwirtschaftlichen Lage in der BRD unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitsmarktes und der Entwicklung der funktionalen Einkommensverteilung. In der Einschätzung der konjunkturellen Lage unterläuft den Autoren klarerweise der gleiche Fehler, der im vergangenen Jahr allen Wirtschaftsforschungsinstituten unterlaufen ist, nämlich eine grobe Unterschätzung der Wachstumsrate.

Das tut der Hauptthese dieses sowie der vorangegangenen Memoranden – nämlich der Entkoppelung von Wachstum und Arbeitslosenrate – aber keinen Abbruch, im Gegenteil, auch die neuen Daten zeigen nur einen sehr geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit trotz bis vor kurzem als utopisch eingestufter Wachstumsraten. Die bei 3,4 Millionen Arbeitslosen (inklusive Stille Reserve, die unterschätzt wird) stabilisierte Massenarbeitslosigkeit besteht zu einem immer größeren Teil aus Langzeitarbeitslosen (Arbeitslosenhilfeempfänger) bei real sinkender Arbeitslosenunterstützung.

In diesem Bereich liegt nach Meinung der Autoren das zentrale Versagen der staatlichen Wirtschaftspolitik, obwohl zugestanden wird, daß durch

Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit (1987: 12 Milliarden DM) die Arbeitslosigkeit um 640.000 Personen pro Jahr geringer ausfiel.

Um die sich mit der Arbeitslosigkeit ausbreitende Verarmung zu verhindern, verlangen die Autoren eine aktive Beschäftigungspolitik, die Verhinderung der finanziellen Auszehrung der Kommunen, die durch Sozialhilfezahlungen besonders belastet sind (durch Beteiligung des Bundes) sowie eine Verbesserung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung.

Als zentrale Strukturprobleme der deutschen Wirtschaft sowie der Weltwirtschaft werden in der Analyse die Leistungsbilanzungleichgewichte in der Weltwirtschaft, die Schuldenkrise der Entwicklungsländer und die Strukturprobleme in den „Krisenbranchen“ der BRD (Stahl, Werften) angesehen, die sich nach Meinung der Autoren immer mehr zu regionalen Krisen auswachsen.

Mit dem dritten Kapitel beginnt, nach der Analyse der Situation – der wirtschaftspolitische Teil, der teilweise Kritik an der praktizierten Politik und teilweise Gegenentwurf einer alternativen Wirtschaftspolitik darstellt.

Vor allem die Finanzpolitik wird von den Autoren als einseitig an den Interessen des Unternehmensbereiches orientiert kritisiert. Es folgt eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Konsolidierung der öffentlichen Haushalte“, in der – zu Recht – die Sonderfaktoren (Konjunkturaufschwung, Bundesbankgewinne) betont werden. Was die Kritik an der Zurechnung der Bundesbankgewinne zum Konsolidierungserfolg betrifft, so wird damit nicht die Notenbankfinanzierung insgesamt abgelehnt: „Die Nutzung dieser Finanzierungsquelle, die jedoch nicht an volkswirtschaftlich vergleichsweise irrelevante Bewertungsbedingungen der Bilanz der Deutschen Bundesbank gebunden sein sollte, ist sinnvoll, sofern sie beispielsweise der Finanzierung von Be-

schäftigungsprogrammen dient“ (S. 116).

Besonders kritisiert wird ebenfalls die in drei Etappen (1986/1988/1990) geplante Steuerreform, da sie die Verteilungsrelation zugunsten der zu versteuernden Einkommen und damit zu Lasten der Transfereinkommensbezieher verschiebe und außerdem durch die massive Anhebung verschiedener Freibeträge sowie durch den neuen Tarif die oberen Einkommensschichten stärker profitierten als die unteren. Die Tatsache, daß die Steuerreform keineswegs aufkommensneutral ist, sondern der Bruttoentlastung (1990) von 39,5 Milliarden DM eine Finanzierung über Streichung von Steuerausnahmen von lediglich 18,8 Milliarden DM gegenübersteht, wird nicht kritisiert. Das dürfte daran liegen, daß es den Autoren ein großes Anliegen ist, die unsozialen Verteilungswirkungen der Streichung von Steuerausnahmen darzustellen. Das wird am Beispiel eines Druckereiarbeiters mit einem Monatsbruttogehalt von ca. S 25.000,- vorgeführt, dessen Zuschläge auf Sonn-, Nacht- und Feiertagsarbeit ab 1990 besteuert werden. An diesem Beispiel läßt sich die Problematik des Versuches, mit der Wirkung der Steuerreform auf die funktionale Einkommensverteilung zu argumentieren, darstellen. Bei einem durchschnittlichen Bruttolohn in der BRD 1987 von ca. S 22.300,- im Monat (Tabelle A 12, S. 318), d. h. einem wesentlich niedrigeren Median des Bruttolohnes, ist es nicht unproblematisch, einen Einkommensverlust für ein Bruttoeinkommen von S 25.000,- als „unsoziale Verteilungswirkung“ zu qualifizieren. Diskutierbar ist allerdings, ob auf der anderen Seite Steuererleichterungen im tatsächlich erfolgten Ausmaß im Unternehmensbereich notwendig gewesen wären, bzw. ob nicht von dieser Seite ein stärkerer Beitrag zur Finanzierung des Steuerausfalles kommen müßte. Die Quellensteuer auf Zinserträge mit 10 Prozent wird als untauglich zur

Veranlassung zur ordentlichen Versteuerung der Zinserträge beurteilt. Das Urteil über die Steuerreform fällt somit insgesamt negativ aus, wobei überdies noch zu bedenken gegeben wird, daß für zukünftige aktive Beschäftigungspolitik – besonders der Kommunen – der finanzielle Spielraum eingeschränkt wird.

Die drei Schwerpunkte der politischen Konzepte des Memorandum '88 sind die Regionalpolitik, die Rentenreform und Lösungswege aus der internationalen Schuldenkrise.

Eingangs werden nochmals die politischen Vorschläge der Memoranden '86 und '87 wiederholt, deren Schwerpunkt ein ökologisch und sozial orientiertes Beschäftigungsprogramm darstellte. Weiters wird die Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst auf 35 Stunden gefordert, wobei den budgetären Folgen besonderes Augenmerk gewidmet wird. Dabei wird – im Unterschied zu der sehr oberflächlichen österreichischen Diskussion zu diesem Thema – nicht nur der „Milchmädchenrechnungs“-Budgeteffekt der Mehrbelastung (bei vollem Beschäftigungseffekt) in Rechnung gestellt, sondern auch die Entlastung der öffentlichen Haushalte durch Steuereinnahmen und entfallende Arbeitslosenversicherungszahlungen angesetzt. Dem Bruttoeffekt von 30,5 Milliarden DM bei einer Verkürzung auf 35 Stunden steht somit eine Entlastung von 14,2 Milliarden DM gegenüber, was einen Nettoeffekt von 16,3 Milliarden DM ergibt.

An der betriebenen Regionalpolitik – besonders dargestellt am Beispiel Baden-Württemberg – wird die einseitige ökonomische High-Tech-Orientierung ohne ökologische und soziale Auflagen und ohne Mitwirkungsmöglichkeit von Arbeitnehmervertretern kritisiert. Gefordert werden der „Übergang von der pauschalen Investitionsförderung zur Projektförderung, Erfolgskontrollen, Förderung der kommunalen Infrastruktur, regionale Entwicklungsgesellschaften“;

Maßnahmen, von denen man sich die Durchsetzungsmöglichkeit eines „alternativen Entwicklungskonzeptes“ erhofft.

Bei der Rentenreform wird eine „Harmonisierung der Alterssicherungssysteme“ gefordert, worunter „die Beteiligung der Beamten an den Kosten ihrer Alterssicherung“ zu verstehen ist (S. 257). Das Finanzierungsproblem der Pensionsversicherung ist überdies nach Meinung der Autoren durch eine Erhöhung des Bundeszuschusses von derzeit 17,7 Prozent auf 30 Prozent bis zum Jahr 2010 sowie durch die Einführung eines „Wertschöpfungsbeitrages der Arbeitgeber“ lösbar. Letzterer soll allerdings nicht aufkommensneutral den jetzigen Arbeitgeberbeitrag ersetzen, sondern als zusätzliche Abgabe eingeführt werden.

Außerordentlich interessant und engagiert geschrieben ist das Kapitel über „Wege zur Lösung der internationalen Schuldenkrise“, es zeugt von der entwicklungspolitischen Verantwortung der Memorandengruppe und damit eines Teiles der deutschen Gewerkschaftsbewegung. In der Analyse der Verschuldungssituation der Entwicklungsländer werden sowohl die externen Schocks (Ölpreise, Rohstoffpreise, Zinsen, Weltrezession 1981/82) als auch interne Ursachen (Militärausgaben, Kapitalflucht, Prestigeobjekte) herausgearbeitet. Der fundierten Analyse in diesem Teil kann sich jemand, der sich mit diesem Problem beschäftigt hat, sicherlich anschließen. Aus

dieser Analyse werden wichtige und meiner Ansicht nach weitreichende Konsequenzen gezogen, die im schroffen Gegensatz zu der jetzt implementierten „Lösungsstrategie“ stehen.

Neben einer teilweisen Schuldenstreichung, die inzwischen auch schon in den USA diskutiert wird, wird abgeleitet, „daß das private Bankensystem offensichtlich nicht in der Lage ist, die Risiken der internationalen Kreditvergabe zu kalkulieren“ (S. 302).

Öffentliche Kredite müssen daher in Zukunft diese Lücke füllen, außerdem sei ein Sonderfonds zu schaffen, der aus abrüstungsbedingt freiwerdenden Mitteln aus Ost und West zu füllen sei. Auf der realwirtschaftlichen Seite wird eine Exportoffensive a la Südkorea („Exportdiktatur“) abgelehnt, da ihre Chancen bei steigendem Protektionismus im Welthandel gering seien; es wird einer binnenorientierten Entwicklung der Vorrang gegeben.

Außerdem werden Ausgleichsfonds („buffer stocks“) zur Stabilisierung der Rohstoffpreise und damit der Exporterlöse der Entwicklungsländer gefordert, die bisher aus „marktideologischen Erwägungen“ in der BRD abgelehnt worden seien. Alles in allem bietet das Memorandum '88 wie immer nicht nur interessante Konzepte als Antithese zur betriebenen Politik, sondern stößt mit manchen Vorschlägen in neue wirtschaftspolitische Felder vor, die derzeit kaum besetzt sind.

Kurt Kratena